



Mehr möglich machen

Die VU hat ihr Wahlprogramm konsequent umgesetzt. Eine Zwischenbilanz zeigt eindeutig, dass die VU Wort gehalten hat.

Seiten 2-3

Wegweisende Entscheidungen

Nach der Coronakrise kommt es am 30. August zu einer Volksabstimmung mit drei verschiedenen Sachthemen. Dabei demonstriert gerade die Vaterländische Union, dass sie Wahlversprechen einhält.



Über drei Vorlagen wird die Bevölkerung Ende August befinden dürfen: S-Bahn Liechtenstein, doppelte Staatsbürgerschaft und «HalbeHalbe».

Fotos: Archiv



Michael Winkler
Parteisekretär

Mit der Vorlage zur S-Bahn Liechtenstein kommt ein Thema vor das Volk, welches die VU 2017 auf dem Radar hatte und seit mehr als 20 Jahren geplant wird. «Der seit Jahrzehnten ausstehende politische Grundsatzentscheid zur Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Liechtenstein muss endlich herbeigeführt werden», hiess es im Wahlprogramm der Union für die Wahlen 2017. Am 30. August ist es nun so weit und die Bevölkerung kann sich entscheiden: Das Verkehrsministerium unter Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch hat eine abstimmungsreife Vorlage erarbeitet, die im Rahmen des Mobilitätskonzepts 2030 Liechtensteins den öffentlichen Verkehr fit macht für die Zukunft.

Zentraler Inhalt der Abstimmungsvorlage ist die S-Bahn Liechtenstein und der zugehörige Finanzbeschluss. Befasst man sich genauer mit der Vorlage, trägt Österreich beim Projekt, mit dem Pendler nachhaltig auf die Schiene gebracht werden sollen, 2/3 der Kosten. «So günstig werden wir nie mehr zu einer S-Bahn kommen», sagte Marco Caminada vom Amt für Bau und Infrastruktur bei der Präsentation des Mobilitätskonzepts, das in sich schlüssig ist und viele wichtige Leitprojekte vorsieht, um der Staus im Land Herr zu werden. Gerade

auch die Tatsache, dass die Nachbarländer in Sachen ÖV massiv aufrüsten, wird dazu führen, dass die Berufspendler attraktive Bedingungen vorfinden, um mit Bus und Bahn zur Arbeit in Liechtenstein zu gelangen. Davon profitieren nicht zuletzt das Liechtensteiner Gewerbe und der Liechtensteiner Binnenverkehr, weil die Strassen entlastet werden. Das eingelöste VU-Wahlversprechen eröffnet den Stimmbürgern nun

«So günstig werden wir nie mehr zu einer S-Bahn kommen.»

die Möglichkeit und die Verantwortung, den Weg der künftigen Liechtensteiner Mobilität mitzubestimmen. Gibt es ein Ja, ist das eine gute Nachricht für das Gesamtverkehrskonzept und ein Befreiungsschlag für die Zukunft – nach Jahrzehnten des Planens und Verhandeln.

Zweiter Pass? Nicht für alle

«Eingebürgerten Frauen und Männern soll die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht werden», heisst es ebenfalls im Wahlprogramm der VU aus dem Jahr 2017. Auch hier hat man den Ankündi-

gungen Taten folgen lassen und im Innenministerium von Dominique Hasler eine Vorlage ausgearbeitet, die abstimmungsreif ist. Sie ermöglicht bei Erwerb der Liechtensteiner Staatsbürgerschaft grundsätzlich, dass Empfänger ihre bestehende Staatsbürgerschaft behalten können. Dabei kann aber nicht jeder aus dem EWR Doppelstaatsbürger werden. Denn das jeweilige Ursprungsland muss dies ebenfalls zulassen. So müssten etwa Österreicher bei einer Einbürgerung in Liechtenstein weiterhin auf ihren bisherigen Pass verzichten. Mit 20 Stimmen im Landtag erhielt die Vorlage eine deutliche 4/5-Mehrheit. Momentan ist es so, dass man in Liechtenstein nur durch Geburt mehr als eine Liechtensteiner Staatsbürgerschaft bekommen kann. Und zwar dann, wenn ein Elternteil die liechtensteinische Staatsangehörigkeit besitzt und der andere eine ausländische.

Starke Kritik an «HalbeHalbe»

Als dritte Abstimmungsvorlage steht an diesem denkwürdigen 30. August «HalbeHalbe» an. Nachdem die Volksinitiative im Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit (17 Stimmen dagegen) viel mehr Gegner als Befürworter hatte, kommt sie automatisch vor das Volk. «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert», soll dem Art. 31, Abs. 2 der Landesverfassung angehängt werden, der ursprünglich lautet: «Mann und Frau sind gleichberechtigt.» Das Projekt «HalbeHalbe» hat sich aus der Arbeit des

Vereins Hoi Quote heraus entwickelt. Das Hauptziel des Projekts sei ein klares «Bekenntnis zur Förderung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu politischen Ämtern». Der Zeitpunkt ist günstig gewählt, versuchen doch die Parteien doch vor den Landtagswahlen möglichst geschlechterparitätische Wahllisten zu erreichen.

Der Vorstoss wird unter anderem auch von der Regierung stark kritisiert. Zum einen, weil es für eine solche Förderung keine Bestimmung brauche, und zum anderen, weil ein programmatischer Artikel bei den Grundrechten nichts verloren habe. «Ein expliziter verfassungsrechtlicher Förderauftrag, zu welchem Zweck und zu wessen Gunsten auch immer, steht nämlich in einem offensichtlichen Spannungsverhältnis zum Gleichheitsgrundsatz als dem zentralen Gebot unseres Verfassungssystems», erklärte Regierungschef Adrian Hasler anlässlich der Landtagsdebatte. «Wenn es also, wie erwähnt, für Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit keines Verfassungsauftrags bedarf und die Initiative nicht den Weg für eine gesetzliche Quotenregelung ebnet soll, warum braucht es dann diese Verfassungsänderung?», fragte Hasler. «Zusammenfassend ist zu sagen, dass das Ziel der Initianten durchaus anerkannt wird. Der Lösungsvorschlag der Initianten ist jedoch ebenso unnötig wie problematisch», so lautet das Urteil der Regierung zu dieser Initiative, die von einzelnen Vertretern aus FDP, VU und Freier Liste getragen wird. ■



Günther Fritz
Parteipräsident

Editorial

Damit wir auch in Zukunft gut fahren

Am 30. August können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Weichen für eine enkeltaugliche Mobilitätszukunft stellen. Das Präsidium der VU empfiehlt ein klares Ja zum Verpflichtungskredit von 71,3 Millionen Franken zur Realisierung der S-Bahn Liechtenstein. Wer zu diesem Schlüsselprojekt Nein sagt mit dem Argument, dass heute die Zugverbindung zwischen Feldkirch und Buchs zu wenig genutzt werde, sollte sich jedoch folgender Entwicklung bewusst sein: Die Zahl der Fahrgäste wird markant steigen, wenn diese Nahverkehrsverbindung ausgebaut und mit kürzeren Takten viel attraktiver gestaltet wird. Auch der Anschluss nach dem Aussteigen aus der S-Bahn wird durch das darauf abgestimmte Linienbus-Konzept der Liemobil sowie die zusätzlichen Möglichkeiten des Langsamverkehrs wesentlich erleichtert. Mit dem S-Bahn-Bus-Konzept können unter Einbezug der Unterländer Wirtschaftsgebiete 75–80 Prozent der Arbeitsplätze im Land durch den ÖV attraktiv erschlossen werden. Dadurch werden die Strassen entlastet.

Das Projekt S-Bahn stellt die Initialzündung zur Umsetzung des ganzen Mobilitätskonzepts 2030 mit insgesamt zehn Leitprojekten dar, welches Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch dem Landtag vorgelegt hat und das sämtliche Verkehrsträger umfasst. Was die Schaaner Zentrumsentwicklung betrifft, so hat der Landtag der Regierung den Auftrag erteilt, unabhängig von der S-Bahn zusammen mit Schaan eine Lösung für die Verbesserung des Verkehrsflusses zu finden.

Der mit Österreich ausgehandelte Finanzierungsschlüssel ist fair und aus Liechtensteiner Sicht gut verhandelt. Die Arbeiten und Lieferungen für die neu gestalteten Haltestellen werden, wo es möglich ist, an liechtensteinische Unternehmen vergeben. Gehen wir jetzt den ersten Schritt und sagen überzeugt Ja zur S-Bahn Liechtenstein. Damit Liechtenstein auch in Zukunft gut fährt. ■

Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler, Günther Fritz
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union, Parteisekretariat, Wilhelm Beck Haus, Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,
E-Mail: michael.winkler@vu-online.li, guenther.fritz@vu-online.li
Internet: www.vu-online.li



«Mehr möglich machen» – VU hält Wort

Die VU trat zu den Wahlen 2017 mit dem Slogan «Mehr möglich machen» an. Obwohl die VU in der Regierung in der Minderheit ist, zeigt ihre Leistungsbilanz, dass sie Wort hält: Nach den Jahren des Sparens hat sie wieder mehr möglich für die Menschen gemacht.



Günther Fritz
Parteipräsident

Nach der defizitären Haushaltspolitik der Regierung Otmar Hasler (FBP) musste die Regierung Klaus Tschütscher (VU) einschneidende Massnahmen ergreifen, um die Staatskasse von ihrem betrieblichen Defizit im zeitweise dreistelligen Millionenbereich zu befreien. Die Umsetzung der eingeleiteten Massnahmen wurde unter Regierungschef Adrian Hasler ab 2013 weitergeführt.

VU lancierte Bürgerpaket

Dank florierender Wirtschaft und daraus resultierenden hohen Steuereinnahmen sowie positiven Börsenjahren konnten in der laufenden Legislaturperiode wieder Überschüsse erzielt werden. So schliesst die Landesrechnung 2019 sogar mit einem Gewinn von 328 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung ab. Bereits die Landesrechnung 2017 konnte einen Ertragsüberschuss von 170 Mio. Franken ausweisen. Mit ihrem Wahlslogan «Mehr möglich machen» hat die VU bereits im Wahlkampf 2017 ihre Haltung unterstrichen, dass nach den Jahren des massiven Sparens gerade

mit Blick auf die erzielten Überschüsse für die liechtensteinische Bevölkerung wieder mehr möglich sein muss.

Die Menschen im Mittelpunkt

Vor diesem Hintergrund lancierte die VU im April 2018 ein Bürgerpaket, was die FBP als «staatsschädigendes Verhalten» und als «nicht staatstragend» kritisierte. Die VU-Fraktion liess sich davon jedoch nicht beirren und brachte seitdem zahlreiche parlamentarische Vorstösse ein, welche die Menschen mit niedrigen Einkommen gezielt entlasten.

Erfolgreiche Prämienbremse

Im Juni 2019 wurde auf Antrag der VU-Fraktion der OKP-Staatsbeitrag von 29 Mio. auf 33 Mio. Franken für das Jahr 2020 erhöht, womit die Durchschnittsprämie um 2,1 Prozent gesunken ist. Mit ihrer ebenso im Rahmen des Bürgerpakets eingebrachten Gesetzesinitiative zur Ausweitung der Prämienverbilligung hat die VU-Fraktion schliesslich auch einen Meilenstein zur Entlastung des Mittelstands gesetzt. So wird die Prämienverbilligung bei einer angenommenen Nutzungsquote von 54 Prozent um Mehrkosten von insgesamt 7,8 Mio. Franken ausgeweitet. Davon werden gezielt die unteren und mittleren Einkommensschichten profitieren können.



Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler haben in den letzten dreieinhalb Jahren viele wichtige Projekte in ihren Ministerien mit Mut, Kreativität und Weitsicht vorwärtsgebracht.



Steuersenkung für Familien

Auch das VU-Postulat zur steuerlichen Entlastung für Familien brachte den erhofften Erfolg. So beschloss der Landtag im letzten Dezember die Erhöhung des Kinderabzugs von 9000 auf 12 000 Franken. Zudem werden nun auch die Kosten für eine Zweitausbildung abzugsfähig.

Zeitvorsorge als Alternative

Im Rahmen des Bürgerpakets reichte die VU-Fraktion auch ein Postulat für Zeitvorsorge für Liechtenstein ein. Die entspre-

chende Postulatsbeantwortung wurde vom Landtag im Oktober 2019 sehr positiv aufgenommen. Inzwischen ist eine Initiative aus der Zivilgesellschaft entstanden, die beim Aufbau des liechtensteinischen Zeitvorsorgemodells «Zeitpolster.li» schon sehr weit fortgeschritten ist.

Stärkung der Familienarbeit

Nachdem das VU-Postulat zur Alters- und Risikvorsorge für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile nicht den gewünschten Erfolg brachte, lancierte die VU-

Fraktion eine Motion zur Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit, welche im September 2019 mit 14 Stimmen an die Regierung überwiesen wurde. Damit sollen die Lücken in der Alters- und Risikoversicherung geschlossen werden, die nachweislich durch das Erbringen von unbezahlter Familien- und Erziehungsarbeit entstanden sind.

In Kenntnis der Daten aus der Beantwortung ihrer Interpellation zur finanziellen Situation im Rentenalter fordert die VU-Fraktion nach wie vor einen dritten Armutsbericht, um vorhandene

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen

Nach gut 100 Tagen als Fraktionssprecher habe ich mich in diese Rolle eingelebt.

Die Arbeit für die Liechtensteiner Bevölkerung und die Vaterländische Union ist ehrenvoll und erfüllend.



Manfred Kaufmann
VU-Fraktionssprecher

Mitte Februar 2020 habe ich das Amt des Fraktionssprechers von meinem Vorgänger Günter Vogt übernommen. Grosse Unterstützung erhielt ich von Anfang an von der Fraktion und der Parteizentrale. Das Miteinander steht dabei klar im Zentrum und wirkt sich natürlich auch sehr positiv auf meine Funktion aus.

Das Miteinander ist zentral

Ich würde mich generell als einen Konsenspolitiker bezeichnen. Als Fussballspieler und Juniorentrainer bin ich ein Mannschaftssportler. Diese Erfahrungen und den Teamgeist versuche ich auch, in die Politik einzubringen. Gemeinsam sollen politische Ideen konzipiert und adäquate Lösungen erarbeitet und diese im politischen Diskurs auch gemeinsam vertreten werden. Der Einbezug aller politisch interessierten Bürger ist mir ein sehr grosses Anliegen. Dies setzt voraus, dass in der politischen Lösungsfindung die

Bevölkerung über das Ziel und den Prozess frühzeitig informiert wird, damit deren Anliegen auch von Anfang an im Prozess berücksichtigte Berücksichtigung finden können. Es ist mir besonders wichtig, dass politische Lösungen sich auf einem möglichst breiten Konsens abstützen können. So können die demokratischen Beschlüsse dann konsequent gelebt werden.

Kurz nach meinem Amtsantritt als Fraktionssprecher mussten bereits aufgrund der Coronapandemie die Fraktionssitzungen per Videokonferenz abgehalten werden. Die Fraktionssitzungen wurden bis zum Juni-Landtag über den Computer geführt. Ungeachtet meiner klaren Präferenz für physische Treffen der Fraktion funktionierten die Videokonferenzen recht gut. Ich denke auch, dass sich diese Art der Durchführung von Sitzungen erhalten und weiterentwickeln wird. Hier hat die Pandemie sicherlich Schwung in Richtung Digitalisierung gegeben. Ebenso wurden die Landtagssitzungen in diesem ersten Halbjahr aufgrund der vorgegebenen Abstandsregeln und Hygienemassnahmen vom Landtagsgebäude in den Vaduzer Saal verlegt.

Politische Projekte vorbereiten

Als zentrale Aufgaben eines Fraktionssprechers sind insbesondere die Vorbereitung der Fraktionssitzungen inkl. das Zusammenstellen der Traktandenliste und die Führung der Fraktionssitzungen sowie die Einteilung der Landtagstraktanden zu koordinieren. Dabei lege ich grossen Wert auf das Führen einer stets offenen und sachlichen Diskussion in den Gremien, wobei ich selbstverständlich für jeden Meinungs- bzw. Diskussionsbeitrag zu einem Sachthema dankbar bin. Neben den Landtagstraktanden beschäftige ich mich am liebsten mit strategisch wichtigen Projekten für unser Land. Gerade die Schulbastrategie, das Mobilitätskonzept 2030 und daraus natürlich die S-Bahn Liechtenstein sind grosse Projekte in dieser Legislatur, die noch lange nachwirken werden.

Als Fraktionssprecher bin ich im Besonderen auch erster Ansprechpartner für Medienanfragen. Weiter stehe ich in einem überparteilichen Austausch mit den Sprechern anderer im Landtag vertretenen Fraktionen oder Wählergruppen. Zusammen mit dem Landtagspräsidenten, der Landtagsvizepräsidentin und den anderen Fraktionssprechern

sowie dem Landtagssekretär bin ich im Landtagspräsidium vertreten. Das Gremium trifft sich normalerweise vor den Landtagssitzungen und legt die Traktanden der Sitzungen fest. Ein für mich besonders wichtiges Gremium ist das Parteipräsidium. Hier findet der Austausch zwischen den parteiinternen Gremien (Unionen, Parteirat, Ortsgruppenkonferenz etc.) und den Vertretern aus der Regierung statt. Im Parteipräsidium werden wichtige strategische Weichenstellungen vorgenommen.

Schnelle Hilfe in Krisenzeiten

Kurz zusammengefasst: Das Amt des Fraktionssprechers bringt ein Mass an Mehrarbeit gegenüber einem ordentlichen Abgeordneten mit sich. Es ist aber eine sehr interessante und bereichernde Mehrarbeit, die ich gerne und mit viel Herzblut anpacke. Die von der Fraktion geleistete Arbeit sowie der stetige Austausch mit Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler beurteile ich als ausgezeichnet. Die beiden Sondersitzungen des Landtags im März und April dieses Jahres waren aufgrund der Sondersituation mit der Coronapandemie sehr

wichtig für die Wirtschaft und die Unternehmen in Liechtenstein. Viele waren gezwungen, von einem Tag auf den anderen zu schliessen und es musste rasch geholfen werden. Auch hier hat sich unsere Fraktion als verlässlicher Partner für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer gezeigt und den Unterstützungsmassnahmen vorbehaltlos zugestimmt. Ein besonderes Lob in diesem schwierigen Krisenmanagement gilt es, unseren beiden genannten Regierungsvertretern auszusprechen, die einen sehr guten Job machten.

Bei den ordentlichen Landtagssitzungen im Mai und im Juni zeigte die Fraktion einmal mehr auf, wofür sie steht. Verlässlichkeit, Vertrauens- und Glaubwürdigkeit und Handlungskontinuität im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner von Liechtenstein sind uns besonders wichtig. Diesen Weg werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode und darüber hinaus unbeirrt konsequent weitergehen. Mit ausgezeichneten Landtags- und Regierungskandidaten blicken wir mit viel Zuversicht und Selbstvertrauen auf die bevorstehenden Landtagswahlen im Februar 2021, bei denen unser Ziel der Wahlsieg ist. ■

Armut in unserem Land wirksam bekämpfen zu können. Mit Spannung erwartet die VU auch die Beantwortung des parteiübergreifenden Postulats zur zukünftigen Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter, welche Lösungsansätze zur Bewältigung dieser demografischen Herausforderung liefern sollte.

VU als Motor des Gestaltens

Der VU ist es ein Anliegen, nicht nur den Kurs des sozialen Ausgleichs weiterzuverfolgen, sondern sie spricht sich auch klar für nachhaltige Investitionen in zukunftsweisende Infrastrukturprojekte aus, die ebenso den Menschen in Liechtenstein zugutekommen. Dabei haben sich Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler als die treibenden Kräfte erwiesen, wenn es um gestaltende Politik sowie zukunftsgerichtete und enkeltaugliche Lösungen geht. Paradebeispiel der fruchtbaren Zusammenarbeit von Daniel Risch und Dominique Hasler ist die erfolgreiche Umsetzung der Schulbautenstrategie.

So konnte nicht zuletzt das Schulzentrum Unterland II (SZU II) nach einer zwanzigjährigen Geschichte von Hoffen und Bangen endlich einer tatsächlichen Realisierung zugeführt werden, und dies wohlgerne ohne Referendum. Zudem können nun auch der Ersatzbau Trakt G und zusätzliche bauliche Massnahmen beim Schulzentrum Mühleholz nach jahrelangen ergebnislosen Bemühungen endlich umgesetzt werden. Damit verbunden sind grosse Investitionen in die Digitalisierung der Schulen, damit das beste

Investitionen	Hauptverantwortung in der Regierung/Initiative
Pflegeheim Mauren (CHF 13 Mio.)	FBP
Rettungstützpunkt des Roten Kreuzes (CHF 4,6 Mio.)	FBP
Investitionsbeitrag an das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (CHF 3,7 Mio.)	VU
Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur durch die LKW (CHF 35 Mio.)	VU
Neubau Dienstleistungszentrum des Landes (42,8 Mio.)	VU
Digitalisierungsoffensive an den Schulen mit Notebooks und Tablets (CHF 13 Mio.)	VU
Neubau Landesbibliothek (CHF 22,0 Mio.)	VU
Erweiterung Schulzentrum Mühleholz / G-Trakt Gymnasium (CHF 44,0 Mio.)	VU
Neubau Schulzentrum Unterland II (CHF 56,1 Mio.)	VU
Neubau Landesspital (CHF 69 Mio.)	FBP
Steuersenkung	
Kompensationslose Senkung der Mehrwertsteuer von 8,0 auf 7,7 % (CHF 7,5 Mio. jährlich)	Schweizerische Eidgenossenschaft
Diverse Steuersenkungen für natürliche Personen (CHF 3,0 Mio. jährlich)	VU
Erhöhung von Subventionen	
Erhöhung der Subvention der Krankenkassenprämien (CHF 4,0 Mio. jährlich)	VU
Erhöhung Beiträge Universität Liechtenstein 2020-2022 (CHF 1-1,5 Mio. jährlich)	VU
Erhöhung Beiträge Liechtenstein Institut 2020-2023 (CHF 0,25 Mio. jährlich)	VU
Ausweitung der Prämienverbilligung (ca. CHF 4,8-7,8 Mio. jährlich)	VU
Erhöhung Finanzausgleich für Naherholungsgebiete Triesenbergs (CHF 0,9 Mio. jährlich)	überparteiliche Initiative

Ein Ausschnitt aus der vielfältigen Regierungsarbeit in den ersten drei Jahren dieser Legislaturperiode. Hier sieht man, dass im Sinne einer gestaltenden Politik die VU-geführten Ministerien klar den Motor bilden.

Lernmaterial zur Verfügung steht, um unsere Schüler für ihre berufliche Zukunft fit zu machen.

Investition in Zukunftsprojekte

Um den Gestaltungsmodus richtig zum Laufen zu bringen, einigten

sich im Übrigen die beiden Koalitionsparteien im Frühjahr 2019 auf ein Investitionspaket. So bekannten sich VU und FBP klar dazu, die gerade erwähnten Schulbauten sowie die ebenfalls aus den VU-Ministerien stammenden Infra-

strukturprojekte Dienstleistungszentrum und neue Landesbibliothek sowie den aus dem FBP-Ministerium für Gesellschaft stammenden Neubau des Landesspitals mit gemeinsamen Kräften durchzubringen. Insgesamt wurden in der laufenden Legislaturperiode Infrastrukturprojekte in Höhe von rund 230 Mio. Franken beschlossen. Dank Überschüssen aus der laufenden Rechnung und geäußerten Reserven von über 2 Mia. Franken kann sich unser Staat diese und weitere notwendige und intelligente Investitionen wie beispielsweise die Massnahmenpakete zur Unterstützung der Wirtschaft in der Coronakrise jedoch gut leisten.

Erfolgreiches Krisenmanagement

In den letzten vier Monaten waren Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler, gerade in ihren Zuständigkeiten für die Wirtschaft und die Bildung, über Gebühr mit der Bewältigung der Coronakrise beschäftigt. Dabei haben sie sich als umsichtige und vertrauensvolle Krisenmanager bewährt. Dennoch stand ihre Arbeit in den verschiedenen Ressorts ihrer Ministerien nicht still.

Mit Mut und Weitsicht

Gestaltende Politik heisst für die VU auch, sich für nachhaltige Massnahmen einzusetzen, welche unseren nächsten Generationen ein lebens- und liebenswertes Liechtenstein zu bewahren vermögen. Regierungschef-Stellvertreter und Infrastrukturminister Daniel Risch ist es mit dem Mobilitätskonzept 2030 in überzeugender Weise gelungen, die S-Bahn Liechtenstein

in eine umfassende Gesamtstrategie zu betten, die sämtliche Verkehrsträger umfasst. Der Landtag hat am 5. Juni 2020 mit 18 Stimmen dem Verpflichtungskredit zur Realisierung der S-Bahn in Höhe von 71,3 Mio. Franken zugestimmt. Das Volk wird darüber am 30. August entscheiden.

Regierungsrätin Dominique Hasler beschäftigt sich weiterhin intensiv mit den Themen Rheindammsanierung, Waldverjüngung, Bildungsstrategie und Migration. Die Coronapandemie hat die Fragen rund um den Klimaschutz etwas in den Hintergrund gedrängt. Dennoch gehört der Klimaschutz zu den vordringlichsten Menschheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang darf man gespannt sein, was die von Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch angekündigte Energiestrategie 2030 und Energievision 2050 sowie die von Regierungsrätin Dominique Hasler erarbeitete Klimavision 2050 beinhalten werden.

Verlässlichkeit schafft Vertrauen

Der vorliegende Rückblick auf die Leistungen der VU-Mandatare in Regierung und Landtag zeigt, dass die VU ihr Wahlversprechen «Mehr möglich machen» eingelöst hat. Trotz der politischen Turbulenzen innerhalb der FBP hat sich die VU stets als verlässlicher Koalitionspartner erwiesen und damit entscheidend zur Stabilität der Koalition beigetragen. Die VU sagt, was sie tut, und tut, was sie sagt. Die VU steht für eine berechenbare, verlässliche und glaubwürdige Politik. Das schafft Vertrauen, auf welches auch in Zukunft gebaut werden kann. ■

Sorgearbeit: Ein sehr politisches Thema

Erziehen, kümmern, pflegen, begleiten, versorgen, betreuen, kurz: Care-Arbeit in bezahlter oder unbezahlter Form wird in Liechtenstein grossteils von Frauen übernommen. Warum eigentlich?



Jnes Rampone-Wanger
Vorstandsmitglied
der Frauenuktion

Care- oder Sorgearbeit ist eine gewichtige Stütze unserer Gesellschaft, und gerade in der Coronakrise haben viele Männer gezeigt, dass sie wertvolle Hilfe leisten wollen und können. «Entwicklung ist nicht nur eine Frage von steigendem Einkommen, Bildung, Gesundheit, Selbstbestimmung und sauberer Umwelt, ebenso wichtig ist die Sorge für andere (Care). Das Wesentliche an der Sorge für andere sind die menschlichen Bindungen, die damit aufgebaut und gepflegt werden. Die Sorgearbeit, auch Reproduktionsarbeit genannt, ist zudem unerlässlich für eine nachhaltige Wirtschaft», steht im Programm 1999 der Vereinten Nationen.

Sorgearbeit ist ein Thema, das sehr politisch ist und uns alle angeht. Fakt ist aber, dass gerade die unbezahlte Sorgearbeit vor allem von Frauen geleistet wird, allen voran von Müttern und Grossmüttern. Klar, viele Männer engagieren sich freiwillig in Vereinen

oder politischen Gremien und leisten so einen wichtigen Beitrag an unsere Gesellschaft. Dass Sorgearbeit aber vor allem von Frauen geleistet wird, kommt nicht von ungefähr, wir sind so sozialisiert worden, dass es als gottgegeben galt, dass Frauen mehr «Talent» dazu haben, sich um Kinder und Hilfsbedürftige zu kümmern. Das wäre ja auf den ersten Blick auch nicht so schlimm, wären da nicht die grossen Herausforderungen unserer Zeit: demografischer Wandel, der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Tatsache, dass das Einkommen des Alleinverdieners nicht ausreicht. Dazu kommt, dass viele junge Väter gerne vermehrt Familienarbeit übernehmen möchten, aber weniger Teilzeitstellen angeboten bekommen. Während in Liechtenstein die Hälfte aller berufstätigen Frauen in Teilzeit arbeitet, sind es bei den Männern nur knapp 14 Prozent. Da Familien- und Pflegearbeit Zeit braucht, ist es für Männer oft schwieriger, sich nebst dem Vollzeitjob noch sozial zu engagieren.

Neue Männer hat das Land

Uns geht es gut in Liechtenstein, so lange wir gesund sind, Arbeit



Bei den richtigen Rahmenbedingungen und Anreizen hätten auch Männer mehr Zeit für Sorgearbeit. Foto: iStock

haben und keine aussergewöhnlichen Umstände eintreten. Aber schon eine Scheidung, Arbeitslosigkeit oder Gebrechlichkeit im Alter kann die wohlgeordnete Lebensweise durchbrechen. Dann wird Sorgearbeit wichtiger denn je. Und es kann alle treffen: Frauen und Männer, Junge und Alte. Und deshalb geht das Thema uns alle an. Sich um andere zu kümmern, ist nicht nur Christenpflicht, sondern gibt dem Betreuenden auch etwas zurück. In den vergangenen Wochen haben viele Männer erleben dürfen, dass ihre Kompetenzen

auch in der Sorgearbeit geschätzt und gebraucht werden. Nehmen wir diesen Schwung doch mit und setzen uns auch auf politischer Ebene dafür ein, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Gesellschaft es auch Männern vermehrt ermöglichen, sich in der Sorgearbeit zu engagieren, und nicht nur von ihr zu profitieren, und dass Frauen in der Familienarbeit eine Existenz- und Alterssicherung zuteil kommt.

Vorbildliche Projekte

Ein gutes Beispiel ist das Projekt «Zeitpolster» des Vereins Zeitvorsorge Liechtenstein. Auch hier haben sich zwar weit mehr Frauen als Männer bereits als Helfende eingetragen. Doch wenn sich die Begeisterung der Männer, die bereits dabei sind, herumspricht, wird sich dies hoffentlich bald ändern. Gerade wichtig in den Themen der Sorgearbeit ist, dass ausgewogene Gremien mit Männern und Frauen mitwirken und mitentscheiden und wir als moderne Gesellschaft auf struktureller Ebene noch Verbesserungen erreichen. Wenn sich Reproduktions- und Sorgearbeit besser unter den Geschlechtern aufteilt, bleibt den Frauen auch mehr Zeit für politisches Engagement. ■

Sieben Ziele der Sorgearbeit

Frauen in der Politik können mitarbeiten, die auch für Liechtenstein relevanten sieben Ziele der Sorgearbeit zu verwirklichen, welche das Eidgenössische Departement des Innern verfolgt:

- Unbezahlte Care-Arbeit wird als gesellschaftlich zentrale, volkswirtschaftlich relevante und unverzichtbare Arbeit anerkannt.
 - Ausbildungen lassen sich mit Care-Verantwortung vereinbaren. Kompetenzen aus unbezahlter Care-Arbeit werden auf dem Arbeitsmarkt angerechnet.
 - Unbezahlte Care-Arbeit lässt sich mit einer beruflichen Laufbahn vereinbaren. Die besondere Situation Alleinstehender mit Betreuungsaufgaben wird berücksichtigt – bei Entlastungsangeboten ebenso wie bei Unterhalts- und Vorsorgeregungen.
 - Care-Arbeit ist ausgeglichener auf die Geschlechter verteilt.
 - Institutionelle Care-Leistungen sind bezahlbar und auf die Bedürfnisse der Nutzenden abgestimmt.
 - Die Arbeitsbedingungen für bezahlte Care-Arbeit sind fair und gemäss den Besonderheiten dieser Arbeit ausgestaltet.
 - Es wird genügend Personal ausgebildet.
- Um diese Ziele zu erreichen, braucht es ein engagiertes Miteinander. Wir arbeiten daran!

S-Bahn Liechtenstein: Was bringt sie uns?

Ein Beitrag des Vorsitzenden der Seniorenunion, Johann Ott* zur Volksabstimmung am 30. August.



Johann Ott
Präsident
Seniorenunion

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Verkehrsträger nicht sonderlich verändert. Alles wurde einfach zu viel mehr und zu viel besser weiterentwickelt, aber grundlegende Innovations sprünge, wie sie im 19. Jahrhundert von der Muskelkraft zur Motorkraft stattfanden, haben nicht stattgefunden. Darin liegt wohl das Geheimnis der zuverlässigen Vorhersehbarkeit, bei der sich nach wie vor vieles ändert, doch die Räder immer motorgetrieben und erdgebunden auf Strassen und Schienen rollen. Wir wissen also, was uns erwartet und was kommen wird.

Fahr- und Flugzeuge werden künftig vorprogrammiert selbstständig ihre Ziele finden. Dadurch wird der Verkehr zuverlässiger und fehlerminimiert; vermehren wird er sich aber weiterhin mit wachsender Ökonomie und wachsender Bevölkerung. Wie lange und wohin sich diese derzeit herrschende Marktwirtschaft entwickelt, ist ungewiss. Bisher haben sich alle apokalyptischen Voraussagen im Nichts aufgelöst. Die Wirtschaft hat immer wieder neue Kraft gesammelt und neue Märkte erschlossen.

Wachstum braucht Weitblick

Schwarze Schwäne werden zwar ständig in den Himmel gemalt, aber klüger ist man trotzdem immer erst hinterher. So steuern wir unser Erdschiff durch die Stürme des Alls und hoffen, dass es noch lange gut geht; es sei denn, unsere Jugend erfindet den Weg zum wahren Glück der Gesellschaft in wirtschaftlicher Stagnation und eremitischer Genügsamkeit. Unser Verkehrsbedarf wird also voraussichtlich weiterhin steigen, und wir werden ihn mit den verfügbaren Mitteln bewältigen müssen. Wie in den vergangenen Jahrzehnten wird es auch künftig für den Personenverkehr den motorisierten Individualverkehr (MIV), den öffentlichen Verkehr (ÖV) und den Langsamverkehr (LV) geben.

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten den ÖV und den LV erfolgreich stark gefördert, weil wir mit dem MIV an der Kapazitätsgrenze angelangt sind. Diese Grenze hat sich zwar gewaltig gedehnt, indem Engstellen geweitet und Knoten leistungsfähiger wurden. Zudem hat sich der Autoverkehr wesensfremd ins breite Netz der Wohnsiedlungen ausgebreitet. Mit dem Weiterwachsen der Wohnbevölkerung und der Zunahme der Arbeitsplätze wächst auch der Bedarf an Mobilität. Der MIV wird aber nicht in der bisherigen Entwicklung mitwachsen können, weil sich das Strassennetz nicht im erforderlichen Ausmass erweitern lässt. Auch wenn wir sehr optimistisch sind und in den nächsten Jahren die paar seit vielen Jahren ins Auge gefassten



Die S-Bahn ist die grosse Chance, vor allem den Pendlerverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern.

Foto: Michael Zanghellini

Projekte zum Bauen bringen, wird sich deshalb die Kapazität nicht wesentlich steigern lassen. Wir brauchen also Alternativen, und dazu bleiben ÖV und LV. Der ÖV verkehrt derzeit auf dem sich bereits an der Leistungsgrenze befindlichen Strassennetz.

Einzugsgebiet wird grösser

Die Fahrstrecken innerhalb einer Stunde beschränken sich heute auf etwa 30 km. Diese Leistung muss in etwa verdoppelt werden, weil das Einzugsgebiet für unsere Arbeitsplätze es erfordert. Dazu benötigt man ein deutlich leistungsfähigeres Streckennetz. Dieses ist zwar mit den bestehenden Schienensträngen vorhanden, aber nicht überall für die regionale Erschliessung ausgebaut. Im benachbarten Vorarlberg und der Ostschweiz wurde die Notwendigkeit erkannt und auch gehandelt. Vorarlberg verfügt über eine bestens ausgebaute S-Bahnverbindung zwischen Bludenz und Bregenz. Auch der Kanton St. Gallen hat die Zeichen der Zeit erkannt und ist mit hohen Investitionen dabei, den regionalen Bahnverkehr zwischen Bodensee und Zürichsee leistungsfähig auszubauen.

Nachdem die Grenzhemmungen durch das Schengen-Abkommen weitestgehend ausgeschaltet sind, haben die beiden Staaten miteinander Kontakt aufgenommen und die beiden Bahnsysteme gegenseitig ergänzend im Norden unseres Rheintals miteinander verbunden. Auch die Verhandlungen mit unserem Land sind seit Langem geführt und die Planung

für die Verbindung zwischen Feldkirch und Buchs liegt bereits vor. Dieser Zusammenschluss ist für die ganze Region von grösster Bedeutung, denn wir sind seit Jahrzehnten der Arbeitsplatzmagnet schlechthin. Die weiträumige Erschliessung unserer Arbeitsplätze mit einem leistungsfähigen ÖV-System ist für unsere Wirtschaft schon in baldiger Zukunft überlebenswichtig, denn die Erschliessung per MIV ist gesättigt und deren Erweiterungsmöglichkeit ist äusserst begrenzt.

Bei Nein droht ein Attraktivitätsverlust

Realistisch betrachtet steht die S-Bahn in unserem Land nicht als Frage des Wollens zur Wahl, sie ist das Gebot des Müssens. Zusammenfassend sehe ich die künftige Kapazitätserweiterung im Verkehrsgeschehen vor allem beim ÖV, der mit der ergänzenden S-Bahn ein bedeutend grösseres Einzugsgebiet erschliessen wird und Dank massivem Ausbau von Busspuren, guter Abstimmung und engen Taktfrequenzen hohe

Transportleistung bei bester Fahrplanteure erreichen wird. Für den MIV wird man weiterhin Verbesserungen und so weit als möglich auch Kapazitätserweiterungen anstreben und verwirklichen. Falls das Projekt S-Bahn Liechtenstein abgelehnt wird, wird die Wirtschaft längerfristig stagnieren und das Land in vielerlei Hinsicht an Attraktivität einbüßen. ■

*Johann Ott war von 1986 bis 2008 Leiter des Tiefbauamtes und ist daher bestens mit Mobilitätsthemen vertraut.

Jugendunion befürwortet Ausbau zur S-Bahn Liechtenstein

Im Vorfeld zur Abstimmung zur S-Bahn Liechtenstein meldet sich nun auch die Jugendunion zu Wort: «Dass eine S-Bahn in Liechtenstein für die Jugend einen Mehrwert bringt, steht ausser Frage», erklärt Mirianda Frick, Präsidentin der Jugendunion. «Sowohl zur Schule als auch zur Arbeit oder aber auch in der Freizeit gibt es dann kürzere, unkompliziertere Fahrtstrecken und weniger Leerlauf in unserem Tagesablauf.» Frick hofft, dass möglichst viele der Vorlage am 30. August zustimmen. «Wir hoffen, dass dieses Zukunftsprojekt schnellstmöglich umgesetzt wird und wünschen uns auch von der älteren Generation, dass sie Ja zu diesem Zukunftsprojekt sagt.» ■



Präsidentin der Jugendunion, Mirianda Frick, wirbt für ein Ja bei der Abstimmung am 30. August – vor allem auch im Interesse der jüngeren Generation. Foto: Archiv